

Tages-Anzeiger



Heute mit
STELLEN-ANZEIGER

Die unabhängige Schweizer Tageszeitung

Donnerstag
11. Juni 2015

123. Jahrgang Nr. 132
Fr. 3.60, Ausland: € 3.00 / AZ 8021 Zürich



Öko-Kreuzfahrten
Reedereien setzen vermehrt auf Umweltschutz.

26, 27

Spitzenküche
Was taugt die Liste der weltbesten Restaurants?

12

Wassersport
Am Zürichsee gibt es Paddelbretter aus dem Automaten.

17

Online-Dating
Das Geschäft mit dem organisierten Verlieben harzt.

39

Kampf um die Patienten: Spitäler rüsten auf

Die neue Finanzierung mit Fallpauschalen hat den Wettbewerb unter den Spitälern verschärft.

Susanne Andereg

Eigentlich sollten die Kosten sinken und unrentable Betriebe schliessen. Das war das Ziel der Spitalreform von 2012. Eingetreten ist das Gegenteil: Viele Spitäler bauen aus und steigern ihren Umsatz. Fast alle Zürcher Akutspitäler haben 2014 mehr Patienten behandelt und mehr Gewinn gemacht. Auffällig stark zugelegt haben die beiden grössten: Das Unispital behandelte 5,3 Prozent mehr Patienten stationär als im Vorjahr, das Triemli gar 8 Prozent mehr. Bei den meisten anderen lag das Wachstum im Bereich des langjährigen Durchschnitts von rund 2 Prozent.

Spitalfinanzierung

Kommentar: Die Fallpauschalen führen zu einem gefährlichen Umsatzbolzen. – Seite 2

Interview: «Der Patient ist die Ressource für eine Betriebsoptimierung.» – Seite 13

Heute müssen die Spitäler sowohl den Betrieb als auch die Investitionen mit den Fallpauschalen finanzieren. Das schafft einen Anreiz, möglichst viele Patienten zu behandeln, sprich Fälle abzurechnen. Um diese zu gewinnen, investieren die Spitäler: in Werbung, in moderne Geräte, in neue Infrastruktur. Gesundheitsökonom Willy Oggier stellt eine Intensivierung des Wettbewerbs fest, die sich in einem landesweiten Bau-boom äussert: «Öffentliche und private Spitäler haben für die nächsten Jahre Bauvorhaben für mehrere Milliarden Franken angekündigt.» Der Ökonom

prophezeit für manche ein böses Erwachen, wenn die Investitionen später nicht amortisiert werden können. Der Druck, noch mehr Patienten zu akquirieren, wird steigen.

Wohin das führen kann, zeigt sich in Deutschland, wo die Fallpauschalen schon früher eingeführt wurden. Dort ist die Zahl der Operationen stark gestiegen, und Chirurgen bekommen Boni wenn sie besonders oft operieren.

Auch in der Schweiz gibt es Anzeichen solcher Entwicklungen. Annina und Christian Hess, Fallpauschalen Kritiker der ersten Stunde, sehen sich in ihren Befürchtungen bestätigt. Die Apparatemedizin habe zugenommen, und es werde rascher operiert. «Die Überversorgung ist bereits eine Tatsache», sagt Annina Hess im TA-Interview. Christian Hess weiss von Chefärzten, die von der Spitalleitung Umsatzvorgaben erhalten. Erfüllen sie die Klinikziele, bekommen sie einen Bonus. Auch ist Hess ein Fall von sogenanntem Kickback bekannt. Ein Patient wurde von seinem Hausarzt an ein bestimmtes Spital überwiesen weil dieser dort «etwas bekommt». Gibt der Arzt den Vorteil nicht an den Patienten weiter, macht er sich strafbar.

Noch scheinen Kickback-Zahlungen Einzelfälle zu sein. Weder im Kanton Zürich noch im Aargau haben die Behörden bisher entsprechende Meldungen erhalten, wie sie auf parlamentarische Anfragen antworten. Auch den Versicherern seien keine Fälle von Kickbacks bekannt, schreibt der Bundesrat zu zwei SP-Postulaten. Er will das brisante Thema aber im Auge behalten.

Der Nationalrat schwächt das Gesetz zum Umgang mit Geldern von Potentaten.

«Die Schweiz wird sich die Finger verbrennen, wenn sie nichts macht.» So eindringlich warb Aussenminister Didier Burkhalter gestern im Nationalrat für das Potentatengeldergesetz. Dabei geht es

f atntPo
ge

Service

Wetter	10	Rätsel	33
Leserbriefe	11	Stellenanzeiger	36
Fernsehprogramme	28	Börse	40
Todesanzeigen	30		

Abo-Service 044 404 64 64
www.tagesanzeiger.ch/abo

Inserate Tel. Annahme: 044 248 41 41
(Mo–Fr 8–12 und 13–17 Uhr), www.adbox.ch,
inserate@tages-anzeiger.ch

Redaktion 044 248 44 11, Werdstrasse 21,
8004 Zürich, Postadresse: Postfach, 8021 Zürich
redaktion@tages-anzeiger.ch

Leserbriefe www.tagesanzeiger.ch/leserforum

Online www.tagesanzeiger.ch, news@newsnet.ch



Heute

USA schicken Hunderte weitere Militärausbilder in den Irak

Die USA wollen 450 weitere Soldaten in den Irak schicken, um lokale Milizen und die irakischen Streitkräfte im Kampf gegen den Islamischen Staat (IS) zu stärken. Nahostexperte Volker Perthes analysiert im TA-Gespräch, wie sich der IS bekämpfen lässt, ohne dass die USA Bodentruppen schicken. – Seite 6, 7

Bandleader-Legende James Last ist in Florida gestorben

Der Erfinder des «Happy Party Sound», der schon zu Lebzeiten legendäre deutsche Bandleader und Komponist James Last, ist tot. Erst vor gut sechs Wochen hatte er seine offizielle Abschiedstournee beendet. Am Dienstag ist der 86-jährige nach kurzer, schwerer Krankheit in Florida gestorben. – Seite 23

ISS-Besatzung kehrt mit grosser Verspätung zur Erde zurück

Nach Problemen beim Start russischer Raumfahrzeuge kehrt die Besatzung der Weltraumstation ISS mit zwei Monaten Verspätung zur Erde zurück. Aufgrund der Verzögerung hält Crewmitglied Samantha Cristoforetti nun einen Weltrekord: Sie ist die Frau mit dem längsten Nonstop-Aufenthalt im All. – Seite 34

Fifa übergibt weiteres Datenmaterial an die Bundesanwaltschaft

Im Zusammenhang mit dem hängigen Strafverfahren hat die Fifa am Mittwoch weitere Daten ausgehändigt. Bei dem Material handle es sich um IT-Daten, bestätigte die Bundesanwaltschaft. Die Behörde hatte im März ein Verfahren rund um die Vergaben von Weltmeisterschaften eröffnet. – Seite 37

Kommentare & Analysen

«Es ist ein wichtiges Signal, aber kein politischer Meilenstein.»

Martin Läubli über die von der G-7 verkündeten Klimaziele. – Seite 9

Nicht die Ehe, sondern die Mutterschaft ist die Geissel der Frauen. – Seite 2

Was Fotos der Thronfolgerbabys über die Zukunft der britischen Monarchie verraten. – Seite 9

Beilage



Being John Cusack: Ein Treffen mit dem nahbaren Schauspieler.

Schweiz

Gelder von Ex-Diktatoren

Eine Lehrstunde in Lobbyismus

Der Nationalrat entschärft das Potentatengeldergesetz in zwei entscheidenden Punkten. Der Freisinn desavouiert dabei den eigenen Bundesrat.

Philipp Loser und Anja Burri
Bern

Es ist nicht zu übersehen, das Weltmännische und Elegante, und es ist Didier Burkhalter (FDP) seit seinem Jahr als Präsident der OSZE wohl auch nicht mehr zu nehmen. Wie er formuliert, wie er vom Deutschen ins Französische wechselt, wie er seine Worte mit sanften Gesten unterstreicht. Wie er, da ist er besonders global, keine Angst vor Pathos hat. Gestern Morgen, schon vier Stunden hatte der Nationalrat über das neue Potentatengeldergesetz des Bundesrats diskutiert, setzte Burkhalter zu einer Argumentationskaskade an. Sie begann gross, endete überlebensgross - und war vergeblich. Der Bundesrat möge es nicht, wenn die Schweiz verliere, sagte Burkhalter. Wenn sie ihren guten Ruf verliere. Wenn sie in Situationen verliere, in denen es um fundamentale ethische Fragen gehe. «Wenn nicht nur unsere Interessen, sondern unsere Werte auf dem Spiel stehen! Darum bitte ich Sie: Folgen Sie der Minderheit!»

Umsonst. Die bürgerliche Mehrheit von FDP, SVP und CVP im Nationalrat brachte mit 102 zu 87 Stimmen ihre Idee des neuen Potentatengeldergesetzes durch. Das Gesetz, mit dem die Einziehung der unrechtmässig erworbenen Gelder von gestürzten Diktatoren geregelt werden soll, wurde während der Beratung in zwei entscheidenden Punkten abgeschwächt.

Streit um die Verjährung

Zum einen engte der Rat die Definition der «Politisch exponierten Personen» (PEP) ein, und zum Zweiten wird nun - ebenfalls gegen den Willen des Bundesrats - bei der Einziehung der Gelder die Verjährung der Straftaten der Potentaten mitgerechnet. Die Schweiz soll die unrechtmässig erworbenen Potentatengelder nur dann definitiv einziehen können, wenn die Straftaten der Potentaten noch nicht verjährt sind. Mit der Berücksichtigung der Verjährung würde man den Kern des Gesetzes gefährden, hatte Burkhalter vergeblich gewarnt.

Die Verfahren zur Einziehung der Gelder seien langwierig und kompliziert - gross sei darum die Gefahr, dass das Geld am Schluss beim ehemaligen Machthaber bleibe und nicht zur Bevölkerung zurückflüsse. Auch sei diese Verjährung am falschen Ort, sie füge sich nicht kohärent in die Schweizer Rechtsprechung ein. Bei der Einziehung von Vermögen handle es sich um ein verwaltungsrechtliches Verfahren: «Die straf-



Sein Mahnen nützte nichts: Bundesrat Didier Burkhalter spricht nach der Debatte mit den Medien. Foto: Lukas Lehmann (Keystone)

rechtliche Verjährung hat darin nichts zu suchen.»

Burkhalters Argumentation wurde von SP, Grünen, BDP und GLP gestützt. Aus seiner eigenen Partei hielten genau drei Nationalräte aus der Romandie zu ihm. Sie wollten sich jedoch nicht zum Geschäft äussern. Das Beharren auf der Verjährung sei ein plumper Versuch, das neue Gesetz auszuhöhlen, sagte Daniel Vischer (Grüne, ZH). «Der Punkt mit der Verjährung ist essenziell. Sie entziehen dem Gesetz die Grundlage!», rief Jean-Christophe Schwaab (SP, VD). Die Gegenseite zeigte sich unbeeindruckt.

Der Freisinn, der in der Rechtskommission an der Abschwächung des Gesetzes gearbeitet hatte, bemühte sich nicht einmal mehr, die Desavouierung des eigenen Bundesrats zu begründen. «Ich teile Ihnen mit, dass die FDP alle Mehrheitsanträge unterstützt», sagte Christa Markwalder (FDP, BE). Etwas ausführlicher begründete Karl Vogler (CSP, OW) die Zustimmung zur Verjährung der CVP-Fraktion. Es handle sich dabei um eine Frage der Rechtsstaatlich-

keit. Egal, wie verabscheuungswürdig das Wirken der Diktatoren auch sein möge: «Der Rechtsstaat gilt für alle. Auch für Diktatoren.»

Anwälte in der Kritik

Die vierstündige Debatte war auch ein Lehrstück des Lobbyismus in der Schweiz. Die beiden entscheidenden Abschwächungen wurden vom Schweizer Anwaltsverband initiiert («Tages-Anzeiger» vom Samstag).

Während der Debatte wurde auf beiden Seiten mehrere Male aus dem Schreiben des Verbands zitiert. Dieser habe explizit davor gewarnt, auf die Verjährung zu verzichten, sagte etwa Guillaume Barazzone (CVP, GE). «Sie haben uns gesagt: Macht diesen Fehler nicht», sagte Barazzone. Bevor er Mitglied der Genfer Stadtregierung wurde, arbeitete Barazzone als Anwalt in Genf. Es war vor allem die Genfer Sektion des Anwaltsverbandes, die auf das Gesetz Einfluss genommen hatte.

Kritiker der abgeschwächten Vorlage haben eine Idee, warum das so sein

könnte. «Die ganzen Mandate rund um die Potentatengelder sind für einzelne Anwaltskanzleien eine Goldgrube geworden», sagt Olivier Longchamp, Finanzspezialist bei der Erklärung von Bern. Man wolle sich dieses «Mordgeschäft» offenbar nicht vermiesen lassen. «Dass ausgerechnet die Anwälte und ihre parlamentarischen Wasserträger mit rechtsstaatlichen Prinzipien argumentieren, um ihre lukrativen Auftraggeber zu schützen, ist bittere Ironie.»

Die bürgerliche Mehrheit habe heute den Interessen der Potentatenclans und ihrer Interessenvertreter in die Hände gespielt, sagt auch Mark Herkenrath, Finanzspezialist bei der entwicklungs-politischen Organisation Alliance Sud. «Die Schweiz gibt sich gerne als Vorbild im Umgang mit Potentatengeldern.» Bleibe das Gesetz aber so, wie es der Nationalrat nun beschlossen habe, gehe dieser Vorbildcharakter verloren.

Aussenminister Burkhalter und die Kritiker setzen nun auf den Ständerat. Das Gesetz kommt als Nächstes in die kleine Kammer.

Ben-Ali-Gelder weiter blockiert

Ein tunesisches Gericht hat ein Dekret zum Einzug der Vermögen von Ex-Diktator Ben Ali aufgehoben. Die in der Schweiz blockierten Gelder sind nicht betroffen.

Christian Brönnimann
Bern

Nach dem Sturz des ehemaligen tunesischen Machthabers Zine el-Abidine Ben Ali 2011 wurde das Milliardenvermögen des Clans eingezogen. Nun hat ein Verwaltungsgericht in Tunis das Dekret zur Einziehung des Vermögens für ungültig erklärt. Das berichtet die Nachrichtenagentur SDA, gestützt auf die französische AFP. Den Entscheid begründet das Gericht damit, dass das Dekret weder von der Verfassungsversammlung von 2011 noch von der 2014 gewählten Volksversammlung erlassen oder bestätigt worden sei. Die tunesische Regierung will den Entscheid gemäss der Agenturmeldung anfechten. Minister Hatem Eleuchi bezeichnete ihn als «gefährlich». Es obliege nicht der Verwaltungsjustiz, die Gültigkeit des Dekrets zu beurteilen.

In der Schweiz sind 56 Millionen Franken des Ben-Ali-Clans blockiert. Rund zwei Drittel davon hätte die Bundesanwaltschaft vorzeitig an Tunesien zurückgeben wollen. Die kriminelle Herkunft des Vermögens sei ausreichend erwiesen, urteilte sie. Doch das Bundesstrafgericht stoppte letzten Dezember die Transaktion. Es kam zum Schluss, dass die Bundesanwaltschaft die Argumente eines Schwagers von Ben Ali, der sich gegen die Rückgabe wehrt, zu wenig gewürdigt habe.

«Keine direkten Konsequenzen»

Das eidgenössische Aussendepartement hat das jüngste Gerichtsurteil aus Tunesien zur Kenntnis genommen. Es habe aber «keine direkten Konsequenzen» auf die in der Schweiz blockierten Gelder, schreibt ein Sprecher auf Anfrage. Die Blockade sei eine präventive Massnahme des Bundesrats während der laufenden Rechtsverfahren. Zudem sei der Entscheid des tunesischen Gerichts noch nicht rechtskräftig und ein Rekurs bereits angekündigt. Auch die Bundesanwaltschaft zieht keine Konsequenzen aus dem Urteil. «Die Untersuchungen werden fortgeführt, und die Beschlagnahmungen werden aufrechterhalten», schreibt eine Sprecherin knapp.

Die Einschätzungen der offiziellen Stellen decken sich mit der von einem der Anwälte, der die Interessen Tunesiens in der Schweiz vertritt: «Das aufgehobene Dekret bezieht sich auf die Vermögenswerte in Tunesien und hat wohl keinen direkten juristischen Link zu dem in der Schweiz blockierten Vermögen», sagt der Genfer Anwalt James Bouzaglo. «Deshalb dürfte sich der Entscheid des tunesischen Gerichts kaum auf die laufenden Rechtsverfahren in der Schweiz auswirken.»

Frühere Machthaber Sie schafften ihre Millionen in die Schweiz



Jean-Claude Duvalier

Auch bekannt als «Baby Doc». Er war von 1971 bis 1986 Präsident von Haiti. Etwa 5,4 Millionen Franken hat er in der Schweiz deponiert, die Rückgabe läuft.



Ferdinand Marcos

Von 1965 bis 1986 regierte der Marcos-Clan die Philippinen. Die rund 643 Millionen Franken, welche die Familie in der Schweiz deponiert hatte, wurden dem Land rückerstattet.



Carlos Salinas

Die Familie des Ex-Präsidenten von Mexiko (1988 bis 1994) hatte fast 70 Millionen Franken Vermögen in der Schweiz. Das Geld wurde Mexiko rückerstattet.



Joseph-Désiré Mobutu

1965 bis 1997 Präsident der Demokratischen Republik Kongo. Nach 12-jährigem Verfahren musste die Schweiz das Geld freigeben. Die Rückerstattung misslang.



Sani Abacha

1993 bis 1998 Präsident von Nigeria. Von den Abacha-Geldern hat die Schweiz 660 Millionen Franken rückerstattet. Die Rückerstattung weiterer Gelder ist in Vorbereitung.



Alberto Fujimori

Nach seiner Amtszeit in Peru von 1990 bis 2000 wurde er wegen Korruption verurteilt. Die rund 86 Millionen Franken, die er in der Schweiz deponiert hatte, wurden dem Land zurückgegeben.



Laurent Gbagbo

Der Ex-Präsident der Elfenbeinküste (2000 bis 2010) hat sein Geld bei Schweizer Banken aufbewahrt. Eine Rückerstattung war nicht möglich; die Gelder wurden entsperret.



Muammar al-Ghadhafi

Nach 42 Jahren Herrschaft wurde er 2011 getötet. Die Schweiz hat sich Sanktionen gegen Libyen angeschlossen. Ghadhafis Vermögen bleibt vorerst hier.



Ben Ali

2011 wurden mehrere Diktatoren gestürzt. Tunesiens Präsident Ben Ali gelang die Flucht. Er hatte rund 56 Millionen Franken in die Schweiz gebracht. Das Rückgabeverfahren läuft.



Hosni Mubarak

Nach dem Sturz des ägyptischen Präsidenten (1981 bis 2011) blockierte der Bundesrat über 600 Millionen Franken auf Schweizer Konten. Rückgabeverfahren laufen.